

Justizreform in Israel

"Von welcher Demokratie sprechen die Israelis eigentlich?"

=====

Seit Monaten protestieren Hunderttausende gegen die Entmachtung der Justiz durch die rechtsreligiöse Regierung. Doch von den arabischen Israelis demonstrieren nur wenige mit.

Von Sina-Maria Schweikle

Tel Aviv

Rosa Shirt, die Locken nach oben gebunden, den Blick auf den Laptop konzentriert. Rula Daood hat einiges zu tun in ihrem Büro in Tel Aviv. Dort sitzt sie mit ihren Kolleginnen und Kollegen der Grassroot-Organisation "Standing Together", die sich unter anderem für die Gleichberechtigung von jüdischen und arabischen Bürgerinnen und Bürgern in Israel einsetzt. Sieht man sich auch auf den wöchentlichen Demonstrationen in Tel Aviv?

"Du meinst die 'Demokratie-Demonstrationen'?", fragt sie zurück und schüttelt den Kopf. Die meisten Menschen aus der arabischen Gemeinschaft mieden die Proteste. Während Hunderttausende jüdische Israelis seit Monaten auf die Straßen ziehen, um gegen die Entmachtung der Justiz zu demonstrieren, die die rechtsreligiöse Regierung unter Benjamin Netanjahu anstrebt, bleiben die Araber, immerhin knapp 20 Prozent der Bevölkerung, den Protesten fern. "Von welcher Demokratie sprechen die Israelis eigentlich?", fragt die 38-jährige Daood.

"Wir Araber leben in einer anderen Situation als der Rest der Gesellschaft."

Rula Daood kommt aus dem Norden Israels, sie ist gelernte Logopädin und eine der rund zwei Millionen arabischen Israelis. Warum die arabische Gemeinde nicht auf den Protesten vertreten ist? "Wir Araber leben in einer anderen Situation als der Rest der Gesellschaft", sagt sie. Während die Demonstranten den Erhalt der Demokratie fordern, ignorierten sie die Themen der arabischen Bevölkerung wie die Gewalt, die Besatzung, die Waffenkontrolle und den Mangel an Grundrechten für alle.

Viele arabische Israelis sehen keine Veranlassung, die Rechte des Obersten Gerichtes zu verteidigen. Ihr Vorwurf: Frühere Entscheidungen diskriminierten Palästinenser sowohl in Israel als auch im Westjordanland und in Gaza. Beispielsweise mit einem Gesetz, das das Wesen Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes festlegt. Nicht-Juden würden dadurch zu Bürgern zweiter Klasse. Das Oberste Gericht hat in den vergangenen Jahren zwar auch wichtige Urteile gefällt, um die Rechte der Araber in Israel, sowohl einzeln als auch kollektiv, zu schützen. Den Palästinensern ist das jedoch zu wenig.

Das grundsätzliche Problem: In Israel gibt es keine Verfassung, die die Grundrechte aller Bürger festschreibt. Statistiken des Israelischen Instituts für Demokratie zeigen, dass die arabischen Bürger strukturell benachteiligt werden und immer weniger Vertrauen in das Oberste Gericht haben. Die Schulen in den arabischen Gebieten sind demnach schlechter finanziert, das Bildungsniveau ist

niedriger, die Chancen auf einen Job sind geringer und Araber verdienen weniger. In der für Israel so wichtigen Tech-Industrie sind arabische Spezialisten eine große Ausnahme.

Es ist gefährlich, wenn die Menschen keine Hoffnung mehr haben

Die arabische Aktivistin Rula Daood sieht die andauernde Diskriminierung der Araber durchaus selbstkritisch. Es fehle an politischen Führungsfiguren, die sich der israelischen Regierung entgegenstellten. "Viele Araber haben die Hoffnung auf eine Verbesserung aufgegeben", sagt sie. Andere formulieren radikaler: "Es braucht eine große Naturkatastrophe, damit sich alles ändert", so ein arabischer Student in Tel Aviv. Die islamistischen Militanten frohlocken ohnehin seit Monaten - Verzweiflung ist der Boden, auf dem ihr Terror gedeiht. "Das Gefährlichste ist, wenn die Menschen keine Hoffnung mehr haben", warnt ein arabischer Wissenschaftler aus Tel Aviv.

Überdies wird die arabische Gemeinschaft seit Monaten von einer Mordserie erschüttert. Allein in diesem Jahr sind ihr bereits mehr als 140 Menschen zum Opfer gefallen. Im Juli wurden nach israelischen Medienberichten 28 israelische Araber ermordet, bei einer Gesamtzahl von 33 Morden im gesamten Land. Während Terroranschläge oft sehr schnell aufgeklärt werden, hat sich die israelische Regierung in den Augen vieler Araber bei den Ermittlungen in ihrer Gemeinschaft keine große Mühe gegeben.

Sami Abu Shehadeh, Chef der arabischen Balad-Partei und ehemaliges Mitglied der Knesset, sieht die Morde als Konsequenz der jahrelangen Vernachlässigung und Ausgrenzung. Auch er geht nicht zu den wöchentlichen Demonstrationen, denn selbst dort, so klagt er, werden arabische Politiker ausgegrenzt. "Sie wollen uns nicht sehen. Sie wollen nicht, dass wir unsere Anliegen bei den Protesten auf ernsthafte Weise vortragen können."

Es gibt auch Israelis, die sich für die Araber einsetzen

Miva Oren, 62, steht bei den wöchentlichen Protesten in Tel Aviv etwas abseits neben ihrer Freundin Tale Kamener, die in der Hand ein Plakat hält. Darauf abgedruckt sind eine palästinensische und eine israelische Flagge, "Shalom - Salam" steht darauf, das hebräische und das arabische Wort für Frieden. Sie wollen bei den Demonstrationen und in den aktuellen Debatten stärker auf das Unrecht der Besatzung hinweisen.

"Wir haben die Araber seit der Staatsgründung Israels vernachlässigt: Im Gesundheitswesen, in der Wirtschaft, in der Bildung", sagt Oren. Warum sie heute auf der Demonstration ist und keiner ihrer arabischen Freunde? "Wir sind die Besatzer. Wir müssen für sie kämpfen", sagt sie. Dabei dürfte alles erst mal noch schlimmer werden. Die Knesset hat erst kürzlich ein Gesetz verabschiedet, das arabische Sexualverbrecher künftig schärfer bestrafen soll als jüdische.

Rula Daood und ihre Kollegen von "Standing Together" haben unlängst einen stillen Protest in Tel Aviv mitorganisiert. Tausende jüdische und arabische Israelis haben mehr als 140 selbstgebaute Säрге getragen, um gegen die Mordserie in der arabischen Gemeinschaft und die Untätigkeit der israelischen Behörden zu protestieren. Für Daoods jüdischen Kollegen ist das nicht nur eine Frage der

Solidarität: "Wir sind eine Gesellschaft, und was die Araber betrifft, betrifft auch den Rest dieses Landes."

Sina-Maria Schweikle

=====

Seit März 2022 Volontärin bei der SZ. Geboren im Schwarzwald, in München studiert und im Libanon gelebt. Von dort für eine politische Stiftung gearbeitet und humanitäre Hilfe geleistet. Danach über Nordirak, Ägypten und Jordanien nach Berlin gereist. Währenddessen immer wieder aus der Region geschrieben, gefilmt und fotografiert, unter anderem für das Fachmagazin Zenith.